

# Basta!

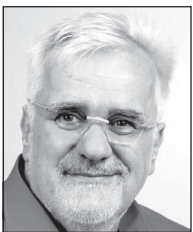
Nr. 3 / September 2012

Basels starke Alternative

## Auch eine kleine Partei kann Wirkung erzielen

Bilanz

**Basta! hat in den vergangenen vier Jahren einiges bewegt, sowohl im Grossen Rat wie ausserparlamentarisch. Zentrale Themen waren – neben Umwelt- und Verkehrsfragen – die Verteidigung der Grundrechte, Chancengleichheit, die Wohn- und Sozialpolitik sowie die Bildungspolitik. Es zeichnet Basta! aus, dass wir uns immer wieder auch dort engagieren, wo andere wegschauen, für bessere Haftbedingungen im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut beispielsweise oder für eine Besserstellung der Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe.**



Die Positionen, die Basta! vertritt, sind längst nicht immer mehrheitsfähig. Das mussten wir beispielsweise bei der Initiative „Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten“

erfahren, die in der Volksabstimmung keine Chance hatte. Allein auf weiter Flur waren wir schliesslich mit unserer grundsätzlichen Opposition gegen den Wegweisungsartikel. Wir befürchteten, dass damit ein Instrument geschaffen wird, um randständige Personen aus dem Stadtbild zu entfernen. Doch auch verlorene Abstimmungen bedeuten nicht einfach verlorene Energie, geben sie doch Gelegenheit, die Öffentlichkeit für wichtige Themen zu sensibilisieren. Dass der Grosse Rat die flächendeckende Videoüberwachung ablehnt und Regierungsrat Gass das Hooli-

gankonkordat in einer Schublade versenkt hat, ist nicht zuletzt unserem beharrlichen Einstehen für die Wahrung der Grundrechte zu verdanken.

Bezüglich Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern sind in der vergangenen Legislatur Schritte gemacht worden. So wurde beschlossen, dass in allen Gremien, die vom Kanton besetzt werden, der Frauenanteil mindestens 30% betragen muss. Der Vorstoss für eine gendergerechte Budgetierung löste im Finanzdepartement viel Kopfzerbrechen aus und ist noch lange nicht befriedigend umgesetzt.

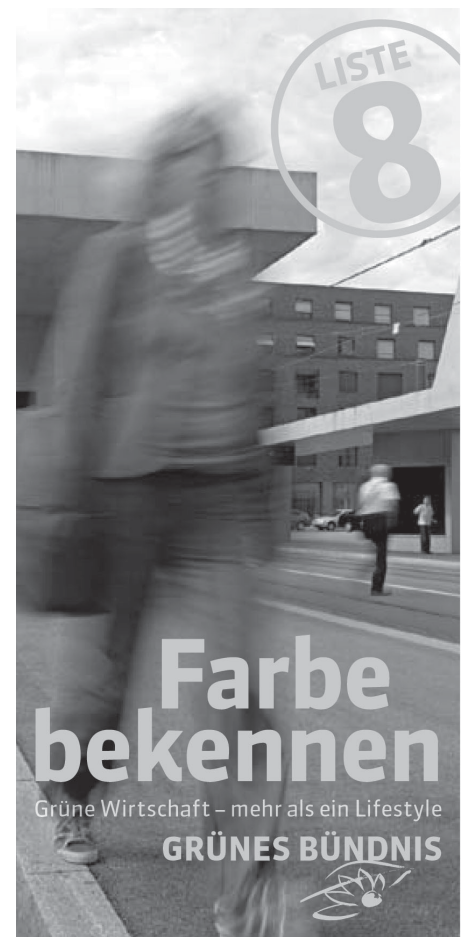
In der Wohnpolitik setzt Basta! sich vehement dafür ein, dass der Kanton eine aktive Rolle übernimmt und seine Aufgaben nicht bloss darin sieht, gute Rahmenbedingungen für private Investoren herzustellen. Auch finden wir es falsch, wenn staatseigener Boden an Private verkauft wird, anstatt ihn im Baurecht abzugeben.

**Fortsetzung nächste Seite**

Mutationen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

Wählen Sie am 28. Oktober Liste 8, Grünes Bündnis!



# Das Verkaufspersonal hätte das Nachsehen

Ladenöffnungszeiten

Am 27. Juni 2012 sprach sich der Grosse Rat mit 47 zu 41 Stimmen für verlängerte Ladenöffnungszeiten an Samstagen aus. Gleichzeitig erhielten die zwei Verkaufssonntage im Advent eine gesetzliche Grundlage. Zwei weitere Verkaufssonntage sollen bei speziellen Anlässen möglich sein. Die Unia hat zusammen mit andern Gewerkschaften, der SP, EVP, den Grünen und BastA! erfolgreich das Referendum gegen den Grossratsbeschluss ergriffen. Die Abstimmung findet voraussichtlich am 25. November statt.



Der Entscheid des Grossen Rates freut die Befürworter der Liberalisierung wie Pro Innenstadt und den Gewerbeband. Sie warnten im Vorfeld vor einem Verlust von 1'000 Arbeitsplätzen,

falls die Liberalisierung nicht komme, und appellierten so an die soziale Verantwortung des Grossen Rates. Wer aber wirklich soziale Verantwortung wahrnehmen will, setzt sich dafür ein, dass das Verkaufspersonal am Wochenende nicht noch länger arbeiten muss. Nur ein allgemeinverbindlich erklärter Gesamtarbeitsvertrag, welcher einen anständigen Mindestlohn und faire Arbeitsbedingungen garantiert, kann das Verkaufspersonal wirksam schützen.

In Basel hat sich ein breit abgestütztes Komitee gebildet, das die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten bekämpfen will. Für das Referendum wurden innert kürzester Zeit über 3'300 Unterschriften gesammelt. Das zeigt, dass viele Baslerinnen und Basler zufrieden sind mit den bestehenden Öffnungszeiten und ein erneuter Liberalisierungsversuch als Zwängerei empfunden wird. Die Läden dürften in Basel übrigens heute schon an Werktagen bis 20.00 Uhr geöffnet sein, die meisten schliessen aber vorher, weil es sich nicht lohnt.

Viele Beschäftigte und Sympathisierende versammelten sich beim Rathaus, um bei der Übergabe der Unterschriften dabei zu sein. Sie hoben Schilder in die Höhe, auf denen zu lesen war: „Ich suche Gäste, die nicht vor 22.00 Uhr zum Essen kommen.“, „Ich suche Theater, das nicht vor 21.00 Uhr beginnt.“, „Ich suche Kinderkrippe, die bis 21.00 Uhr geöffnet hat.“ Oder auch: „Ich suche Mami, das Zeit für mich hat.“ So machten sie deutlich, dass die Konsequenzen einer Verlängerung der Öffnungszeiten für das Privatleben einschneidend wären. Die Kinder, das Vereinsleben, das soziale Umfeld, Freunde, Hobbys, das alles und mehr würde in Mitleidenschaft gezogen. Es ist übrigens unwahrscheinlich, dass nach einer Ausdehnung der Öffnungszeiten mehr Personal eingestellt würde.

Wer spät abends oder an Sonntagen noch einkaufen will, kann dies heute schon, dank der kleinen Familienbetriebe, die nicht an die gesetzlichen Ladenöffnungszeiten gebunden sind. Diese Kleinbetriebe wären durch eine Verlängerung der Ladenöff-

nungszeiten in ihrer Existenz bedroht.

Nachdem sich im Juni bereits die Zürcher und die Luzerner Stimmbevölkerung klar gegen eine Verlängerung der Öffnungszeiten ausgesprochen haben, wäre ein Nein am 25. November in Basel ein weiteres Signal auch für die nationale Debatte. Erst kürzlich hat sich ja der Bundesrat dafür ausgesprochen, die Öffnungszeiten schweizweit einheitlich zu regeln und an Samstagen bis 19.00 Uhr zu verlängern. Das Thema bleibt uns also über den 24. November hinaus erhalten.

Sina Deiss

Sina Deiss ist Gewerkschafterin und kandidiert für BastA! im Wahlkreis Grossbasel West



Foto: Frantisek Matous

## Auch eine kleine Partei... (Fortsetzung)

Bei der gezielten Förderung des gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus hapert es nach wie vor. Doch neben dem Bauen neuer Wohnungen geht es auch um den Erhalt von günstigem Wohnraum. Deshalb hat BastA! die Bewohnerinnen und Bewohner der Wasserstrasse in ihrem Kampf gegen den Abbruch der Häuser unterstützt. Erfreulicherweise zeichnet sich hier jetzt eine Lösung ab.

An den Basler Schulen jagt eine Reform die andere. Kein Wunder, dass es unter den Lehrkräften rumort. Zurzeit geht es dar-

um, Harmos umzusetzen – im Prinzip sicher ein richtiger Schritt. Doch vor allem im integrativen Bereich fehlen unterstützende Angebote, welche die Mehrbelastung der Lehrkräfte abfedern könnten.

BastA! stellt sich konsequent auf die Seite der sozial Benachteiligten, und da gibt es noch viel zu tun. Uns geht auch in den nächsten vier Jahren die Arbeit im Grossen Rat und auf der Strasse nicht aus. Helfen Sie uns, diese Arbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen, indem Sie am 28. Oktober unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf Liste 8 wählen, Grünes Bündnis.

Urs Müller

## Neue Gesichter - neue Ideen

Liebe Leserin, lieber Leser. Wenn Sie das aktuelle Bulletin durchblättern, wird Ihnen auffallen, dass viele neue Gesichter auftauchen, vor allem auch junge Gesichter. Das liegt am erfreulichen Sachverhalt, dass in den letzten Jahren etliche junge Menschen BastA! beigetreten sind und nun bereit sind, für BastA! zu kandidieren. Die junge Generation hat einen anderen Erfahrungshintergrund als die Gründungsväter- und -mütter von BastA!. Sie bringt neue Ideen ein. Das ist eine Bereicherung und schützt vor politischer Erstarrung.

Martin Flückiger



Das Projekt für die Überbauung des frei werdenden Platzes im Klybeckhafen ist erst eine Vision einiger Planer und Stadtentwickler. Der Projektierungskredit muss vom Grossen Rat noch genehmigt werden, der entsprechende Ratschlag lässt auf sich warten. Zudem existieren nicht viel mehr als einige Visualisierungen und Modelle und eine von Basel, Weil und Huningue unterzeichnete Absichtserklärung zur trinationalen Hafen- und Stadtentwicklung, doch im Klybeckquartier und in Kleinhüningen formiert sich schon der Widerstand gegen dieses Projekt.



Die Bevölkerungsstruktur des Gebiets Klybeck/Kleinhüningen weist einen hohen Anteil an SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslosen sowie sozial schwächeren RentnerInnen auf, und der Anteil an MigrantInnen ist ebenfalls überdurchschnittlich. Die Verkehrsbelastung ist hoch, es gibt wenig Grünflächen und Freiräume, und die Umgebung ist geprägt durch die chemische Industrie mit all ihren Emissionen. Es gibt zahlreiche ältere Wohnhäuser mit wenig Komfort und günstigem Mietzins. So ein Gebiet bietet sich offenbar als optimaler Tummelplatz für Planer, Stadtentwickler und Visionäre an, die hier Entwicklung und „Aufwertung“ betreiben möchten.

Viele BewohnerInnen von Klybeck/Kleinhüningen schätzen ihr Quartier und wohnen nicht nur dort, weil sie sich

woanders keine Wohnung leisten können. Die Industrieromantik, die Nähe zum Hafen, zur Grenze, aber auch eine zunehmende Anzahl an nicht kommerziellen Treffpunkten und kulturellen Angeboten tragen zur speziellen Stimmung im Quartier bei und machen es gerade auch für junge Leute und Menschen mit eher unkonventionellem Lebensstil attraktiv. Wenn nun von Behörden und Stadtplanern die Aufwertung dieses Quartiers propagiert wird, fühlen sich diese BewohnerInnen übergangen und ärgern sich, dass ihr Wohngebiet als Ghetto oder Scherbenquartier bezeichnet wird. Es wird befürchtet, dass mit der geplanten „Aufwertung“ nicht die Probleme angegangen werden, die wirklich stören – also beispielsweise die Immissionen der Industrie oder das hohe Verkehrsaufkommen – sondern dass einfach die Schwächsten vertrieben werden sollen, damit die Bevölkerungsstruktur sich „zum Besseren“ entwickelt.

Aus diesen Gründen beginnt sich der

Widerstand gegen „Rheinhattan“ auf verschiedenen Ebenen zu manifestieren. Einige möchten die geplante Überbauung soweit beeinflussen, dass sie möglichst quartier- und umweltverträglich wird, sie engagieren sich zum Beispiel in der Begleitgruppe, die kürzlich gegründet wurde, oder sammeln Unterschriften für eine Petition. Andere favorisieren den grundsätzlichen Widerstand gegen jeglichen planerischen Eingriff in dieses Gebiet und wünschen sich Raum für selbstverwaltete Projekte. Wichtig ist nun, dass sich die verschiedenen Widerstandsgruppen nicht gegenseitig auseinander dividieren lassen. Als kleinster gemeinsamer Nenner zeichnet sich bis jetzt die Forderung „Rheinhattan – so nicht!“ ab. Das ist zwar noch keine grosse Basis für gemeinsames Handeln, aber angesichts der äusserst heterogen zusammengesetzten Gegnerschaft gegen dieses Projekt – darunter auch einige BastA!-Mitglieder – ist das immerhin ein Anfang.

Heidi Mück

## Greenhattan – die andere Hafententwicklung

Die Forderung der IG Greenhattan für die Hafententwicklung ist klar und einfach: Ein genossenschaftliches 2000 Watt-Leuchtturmprojekt für die Schweiz und das 3Land mit internationaler Ausstrahlung. Nach der verpassten Chance mit dem Erlentmatt-Areal muss die Stadt nun die Gelegenheit packen, ein wegweisendes Öko-Quartier zu bauen.

Die IG Greenhattan wurde von vier quartierengagierten Personen gegründet. Neben Sonja Back und Susanne Kress sind dies Philippe Bovet und ich, beides Grossratskandidierende für das Grüne Bündnis. In einem ersten Schritt hat die IG Kriterien formuliert, welche ein neues Quartier bzw. ein neuer Quartierteil am Hafen erfüllen müssen:

### 1. Sozial und vielfältig dank Genossenschaften

Wir wollen ein vielfältiges, sozial durch-

misches und engagiertes Viertel mit Lebensqualität sowie sozialen und baulichen Verbindungen zu den bestehenden Quartieren. Gewinnerorientierte Investoren können dies nicht gewährleisten, deshalb verlangt die IG Greenhattan, dass alle Gebäude von Genossenschaften gebaut werden. Die neuen Wohnungen müssen auch für finanziell schwächere Personen, Familien, Studierende und ältere Menschen bezahlbar sein. Es darf kein zweites Kinderspital-Debakel werden!

### 2. 2000 Watt Öko-Quartier

Das Vorzeigequartier soll mehr Energie produzieren, als es verbraucht. Auch die graue Energie muss berücksichtigt werden und daher die bestehenden Gebäude erhalten bleiben. Das neue Viertel muss absolut autofrei sein, eine Autobrücke nach Hüningen wird dadurch unnötig. Um den Ener-

gie- und Flächenverbrauch zu reduzieren will die IG Greenhattan keine übergrossen

**Fortsetzung nächste Seite**



Die AG Greenhattan von links nach rechts: Susanne Kress, Philippe Bovet, Sonja Back und Tonja Zürcher. Tonja Zürcher kandidiert im Kleinbasel für das junge grüne Bündnis

# Wohnen – ein Menschenrecht!

In der Stadt wird an verschiedenen Stellen gebaut: Wohnungen für „besser Verdienende“ beim alten Kinderspital oder langfristig gleich ein neues Quartier in der Gegend des Hafenareals. Immer wieder wird versichert, dass „man“ sich um eine gute Durchmischung der Bevölkerungsgruppen bemüht, dass es zu keiner Verdrängung kommen wird und dass diese Entwicklungen im Interesse des Kantons liegen.



Doch die Armut ist noch immer nicht bewältigt, und viele Menschen in Basel leben in prekären Verhältnissen. Für eine gerechte Gesellschaft braucht es eben mehr als Lippenbekenntnisse, es braucht einen klaren politischen Willen und die nötigen Instrumente, um den Partikularinteressen einzelner Gruppen entgegenzutreten zu können. Es braucht eine Strategie im Wohnungsbau, die den Fokus auf die Gemeinschaft legt, es braucht frische und junge Genossenschaften – oder ganz allgemein: es braucht Wohnmöglichkeiten für alle.

Vergessen wir nicht: Wohnen ist ein Menschenrecht, und der Staat sowie die Politik stehen in der Pflicht, dieses Recht zu schützen. Um das Recht auf Wohnen abzusichern und zu verhindern, dass Menschen aufgrund ihrer finanziellen Situation aus Quartieren abwandern müssen, braucht es konkrete Massnahmen, um Wohnungen und Boden vor Spekulation zu schützen. Gerade die grossen freiwerdenden Flächen könnten zu grossen Teilen für günstigen Wohnraum genutzt und über den gemeinnützigen Wohnungsbau oder mittels Förderung von Genossenschaften langfristig der Spekulation entzogen werden.

Auch wenn der gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsbau einen Beitrag zur Bewältigung von Armut leisten können, so darf dies nicht deren eigentlicher Zweck sein. Diese Eigentumsform ist

vielmehr ein Instrument, um der Spekulation entgegenzuwirken und ein Mietpreisniveau zu erhalten, das allen ein bezahlbares Wohnen ermöglicht. Steigende Mieten treiben mehr Menschen in die Armut. Eine Wohnpolitik, die der Spekulation Einhalt gebietet, ist somit eine präventive Strategie. Die Förderung von Genossenschaften und gemeinnützigem Wohnungsbau ist also nicht als Unterstützung von Armutsbetroffenen zu verstehen, sondern sichert allgemein ein für alle erschwingliches Mietpreisniveau.

Die Spekulation mit Boden und Wohnraum unterstellt ein existentielles Gut der Logik des Neoliberalismus. Umgekehrt

wird mit deren Verhinderung ein Beitrag zum Schutz von demokratischen Strukturen geleistet. Die Macht bleibt zu grossen Teilen beim Staat oder in demokratisch-genossenschaftlichen Strukturen.

Um das Recht auf Wohnen für alle durchzusetzen, braucht es eine starke und nachhaltige Bewältigung von Armut. Den Wohnraum der Spekulation zu entziehen ist eine langfristige Perspektive. Für die Bewältigung von konkreten Armutslagen ist weit mehr nötig.

Andreas Wyss

*Andreas Wyss ist Präsident des Vereins für Gassenarbeiter Schwarzer Peter und kandidiert für BastA! im Wahlkreis Grossebasel West.*

## Wohnraumförderungsgesetz nach wie vor ungenügend

BastA! ist vom überarbeiteten Wohnraumförderungsgesetz enttäuscht. Zwar hat die Regierung angekündigt, es gehe künftig nicht mehr darum, Wohnungen für Gutverdienende zu fördern, sondern bezahlbaren Wohnraum für alle bereit zu stellen. Das weckte Erwartungen. Im Gesetz sucht man allerdings vergeblich nach griffigen Instrumenten, die es dem Kanton erlauben würden, regulierend in den Boden- und Wohnungsmarkt einzugreifen. Die Rolle des Staates wird weitgehend darauf reduziert, gute Rahmenbedingungen für private Investoren zu schaffen. Der Abbruchschutz wurde derart verwässert, dass es einer Einladung an die Hausbesitzer gleichkommt, günstigen Wohnraum abzureissen und durch teure Eigentums- oder Mietwohnungen zu ersetzen.

Die kleinen Verbesserungen etwa im Bereich genossenschaftlicher Wohnungsbau sind ungenügend und ändern nichts am negativen Gesamteindruck. Wir erwarten von einem Wohnraumförderungsgesetz, dass es den Staat ermächtigt, eine aktive Wohnpolitik zu betreiben, den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau gezielt zu fördern, Massnahmen zum Erhalt von günstigem Wohnraum zu ergreifen und selber baulich tätig zu werden, etwa im Bereich sozialer Wohnungsbau. Sonst bleibt die proklamierte Devise „Wohnen für alle“ eine leere Floskel.

## Greenhattan (Fortsetzung)

Lofts und Wohnungen, sondern normale Wohn- und dafür grössere Grünflächen.

### 3. Grünflächen statt Wolkenkratzer

Das neue Quartier muss das Bedürfnis der angrenzenden Quartiere und des ganzen Kleinbasel nach mehr Grünflächen befriedigen, weshalb grosszügige Parks und Freiflächen entstehen sollen. Der Zu-

gang zum Rhein muss für alle offen sein. Die IG Greenhattan stellt auch die Idee der Insel in Frage, da diese das Zusammenwachsen des neunten Quartiers mit den angrenzenden erschwert. Statt des Rheinkanals könnte eine neue, grosse Grünfläche entstehen.

### Weitere Aktivitäten

Als nächstes werden wir gute Quartierentwicklungen in der Schweiz und im Ausland betrachten und schauen, was davon für Basel sinnvoll ist. Wir wollen aus den Erfahrungen anderer Quartiere lernen und

ein konkretes Gegenmodell zu „Rheinhattan“ erarbeiten.

Wir sind überzeugt, dass die Veränderungen auf dem Hafenareal eine Chance für die angrenzenden Quartiere, die Stadt und die ganze Region sein können. Dafür braucht es klare Ziele und gute Rahmenbedingungen für günstigen Wohnraum, ökologische Bauten und vielfältige Grünflächen. Die Bevölkerung und die Politik müssen sich jetzt in die Diskussion einmischen und entscheiden, was für eine Quartierentwicklung gewünscht ist.

Tonja Zürcher

# Integration auf der Rütliwiese – der 27. Kanton

Jenische

Wenn Pro Juventute mehr Kantone aufs Rütli einlädt, als die Schweizerkarte verzeichnet, ist das schon fast wie Sprengstoff auf einer Wiese, die einen derart symbolischen Gehalt hat. Doch diese bloss virtuelle Vergrösserung der Schweiz hat eine Vorgeschichte, die im Geschichtsbuch fehlt.



Am 1. August dieses Jahres fand anlässlich des Nationalfeiertags der Schweiz und des 100-jährigen Jubiläums von Pro Juventute der erste Bundesfeiertag von und für Kinder statt.

Jeder Kanton wurde von einem oder zwei Kindern vertreten, die ihre Wünsche bezüglich der Zukunft für sich und die Schweiz präsentierten. Insgesamt gab es 27 solche Präsentationen – 27 Präsentationen darum, weil auch der 27. Kanton der Schweiz, der Kanton der Schweizer Jenischen, genannt „Kanton Scharotl“, an diesem Event vertreten war.

Das jenische Volk, von welchem nur ein kleiner Prozentsatz noch effektiv fahrend lebt, ist mit ungefähr 35'000 Angehörigen ebenso gross wie beispielsweise der Kanton Uri mit seinen 35'422 Einwohnern. Dieser Anteil scheint im Verhältnis zur schweizerischen Gesamtbevölkerung verschwindend klein zu sein, man könnte beinahe sagen, die Urner können als eine gesellschaftliche Minderheit gesehen werden, die aber doch einen hohen Stellenwert genießt. Entsprechend verhält es sich bei den

Rätoromanen, die vom Schweizer Staat zu Recht sehr viel Unterstützung erhalten, um ihre Sprache, das Rumantsch, als vierte Amtssprache zu erhalten. Sie gehören einer Minderheit an, genau wie die Jenischen.

In den frühen 80er Jahren kam zum ersten Mal die Idee des 27. Kantons auf. Und obwohl die „Fahrenden“ und ihr Leben oft romantisiert werden, muss man sich die Entstehung des 27. Kantons wohl doch fast klischeehaft romantisch vorstellen: Eine Gruppe junger, politisch aktiver Jenischer. Der Schein des Feuers, der die Realität so unwirklich erscheinen lässt, dass man den Eindruck bekommt, man könne sie tatsächlich verändern. Und dann ein kühner Gedanke, der durch die ständige Bekräftigung und Zustimmung der anderen Gestalt annimmt: der jenische Kanton als Symbol für die Zugehörigkeit der Jenischen zur Schweizer Gesellschaft. Eine Art Eingliederung und gleichzeitig Ausgrenzung. Aber eben, nur eine Erfindung.

Was man sich von diesem Kanton Scharotl erhoffte, wäre dieser nun geografisch gebunden und wirklich existent, wäre eine bessere Integration der Jenischen in die Gesellschaft und ausserdem Unterstützung durch den Staat, zum Beispiel in Form von

Durchgangs- und Überwinterungsplätzen, sowie Akzeptanz seitens der Bürger.

Im Laufe der Zeit jedoch verblasste die Idee des 27. Kantons wieder. Der Begriff tauchte in den späteren 80er Jahren noch einmal in einer Soziologie-Arbeit auf und blieb dann für lange Zeit unerwähnt, bis er im Rahmen des 100-Jahre-Jubiläums von Pro Juventute eine eigentliche Renaissance erlebte. Pro Juventute hatte bis in die 70er Jahre den Jenischen die Kinder weggenommen, um sie in Heime oder Pflegefamilien zu stecken, wo sie eine Chance auf ein „normales Leben“ bekommen sollten. Eigentlich hatten beide Seiten mit der Thematik dieser „Kindesentführungen“ abgeschlossen. Als jedoch Pro Juventute auf das Jubiläum hin den Text, der auf diese Vorfälle Bezug nahm, auf ihrer Webseite löschte, war die Empörung und Bestürzung unter den Jenischen gross.

Als eine Art Versöhnungsakt von Seiten Pro Juventute wurde der 27. Kanton zu den Festlichkeiten auf dem Rütli eingeladen, wo ein jenisches Kind die Möglichkeit hatte, im Namen aller Jenischen den eigentlich sehr bescheidenen Wunsch zu äussern: Ich möchte jenisch sein können, ohne mich dafür schämen oder dafür büssen zu müssen.

Laura Friedrich

## Bootsch-Turnier in der Aktienmühle

Bootschen ist die jenische Art, Steine zu werfen - ein Spiel älter als Boule. Der Bootsclub Basel und BastA! haben am 18. August dieses Jahres ein Boots-Turnier veranstaltet. Es dürfte kaum verwundern, dass die Jenischen da eine Klasse für sich waren. Immerhin hat das Team Patrizia Bernasconi (aus dem Bild am Steinwerfen), Heidi Mück (ganz links) und Elisa Streuli (2. von Links) den 3. Platz erreicht. Für BastA!-Mitglieder war das Turnier eine gute Gelegenheit, Einblicke in die Kultur des 27. Kantons der Schweiz zu gewinnen.

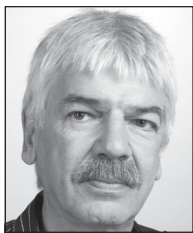
Beim Bootschen treten – ähnlich wie beim Boule – Zweier- oder Dreier-Teams gegeneinander an. Jedes Team hat sechs Steine zur Verfügung. Ziel ist es, mit dem Stein eine Bierbüchse zu treffen beziehungsweise die Steine möglichst nahe an der Büchse zu plazieren. Wer sich ein Bild des Spiels machen will, kann sich auf der Webseite des Bootsclubs informieren: <http://www.maselsassi.ch/index.html>



Die **Jenischen** sind eine Bevölkerungsgruppe, die lange Zeit als Fahrende durch Mittel- und Westeuropa zog und eine eigene Sprache und Kultur entwickelte. Historisch lassen sich Jenische auf Angehörige der marginalisierten Schichten der Armutsgesellschaften der frühen Neuzeit und des 19. Jahrhunderts zurückführen. Ihr ökonomischer, rechtlicher und sozialer Ausschluss aus der Mehrheitsbevölkerung bedingte die Lebensweise als Fahrende.

Heute „reist“ nur noch ein kleiner Teil der Jenischen. Die gesellschaftliche Marginalisierung mit reduzierten Chancen auf dem Arbeitsmarkt, in der Wohnsituation und in den Bildungsmöglichkeiten besteht aber zum Teil bis heute.

## Steuern senken? Ein Unsinn!



Die Basler Stimmberechtigten haben am 16. Juni die Senkung der Unternehmensgewinnsteuer bachab geschickt, und das ist gut so. Nicht, weil wir den Unternehmen ihre Gewinne missgönnen, wie Eva Herzog immer wieder unterstellt. Es macht ganz einfach weder ökonomisch noch gesellschaftlich betrachtet Sinn, den Reichen Steuergeschenke zu machen. Wenn die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnet, hat das fatale Folgen nicht nur für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

In den vergangenen rund 10 Jahren sind die Einkommen aus Unternehmenstätigkeit in die Höhe geschneit, während die Einkommen aus Erwerbsarbeit stagnierten oder nur leicht anstiegen. Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass der Bankensektor sich massiv aufblähte, mit verheerenden Folgen, wie wir spätestens seit der Bankenkrise wissen. Vor diesem Hintergrund ist es engstirnig und unverantwortlich, mit tiefen Unternehmenssteuern um Standortvorteile zu buhlen.

Die bürgerlichen Parteien kennen seit Jahren nur noch ein Thema: Steuern senken, senken, senken. Sie klammern bewusst aus, dass wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch eine Gegenleistung erhalten, in Form eines guten Service public etwa oder eines ausgebauten sozialen Netzes, auch wenn letzteres noch einige Mängel aufweist. Wer nach Steuersenkungen schreit, nimmt in Kauf, dass öffentliche Dienstleistungen abgebaut werden und die Gesellschaft auseinanderdriftet – was den Standort Basel massiv schwächen würde.

*Martin Flückiger*

# Armutsbetroffene und Ausgrenzung

**Armutsbetroffene fallen in Basel nur selten auf. Es gibt Orte, wo sie vergünstigt essen, Notschlafstellen, wo sie schlafen und das Internetcafé Planet13, wo sie gratis surfen, schreiben, drucken und anderes mehr können. Man muss schon genauer hinsehen, um Armut wahrzunehmen.**

Hie und da gibt es eine verwarloste oder verwirrte Gestalt, welche die Aufmerksamkeit der PassantInnen auf sich lenkt. Oder Obdachlose können auffallen. Zwar sind die Gestalten, die in einem Migros-Einkaufswagen ihren gesamten „Hausrat“ vor sich her schieben, mittlerweile weitgehend aus dem Stadtbild verschwunden, aber es gibt sie noch. Vor dem Haupteingang des Bahnhofs sieht man öfters Bettelnde.

Doch die meisten Armutsbetroffenen bewegen sich unauffällig in der Öffentlichkeit. Wie gross die Not ist, erfahren wir beispielsweise im Internetcafé Planet13, wo Working Poor, SozialhilfeempfängerInnen, Alleinerziehende, MigrantInnen und Flüchtlinge hinkommen. Sie benutzen die Gratis-Dienstleistungen des Internetcafés, und in den Gesprächen stellt sich dann heraus, dass sie auf der Strasse oder in grosser materieller Not leben. Sie suchen Jobs und finden keine. Sie suchen günstige Wohnungen, Ratschläge, Notschlafstellen, Tipps, Internetzugang u.a. Etliche meiden ihren ursprünglichen Bekannten- und/oder Verwandtenkreis, weil sie befürchten, dort auf wenig Verständnis für ihre schwierige

Situation zu stossen.

SozialhilfeempfängerInnen sind oft unberechtigterweise mit Schuldzuweisungen und Missbrauchsverdacht konfrontiert. Von den Amtsstellen werden sie unter Druck gesetzt. Armutsbetroffene, die Sozialhilfe erhalten, müssen oftmals gratis im 2. Arbeitsmarkt arbeiten. Und wenn sie sich weigern, werden Sanktionen ausgesprochen. Doch die Abhängigkeit von der Sozialhilfe bleibt bestehen. Weiterbildungen und Umschulungen, die es ermöglichen würden, eventuell doch noch eine Erwerbsarbeit zu finden, werden nur selten bewilligt.

Für weite Kreise der Gesellschaft ist Armut ein Nebenthema. Es werden zwar Beratungsstellen aufgebaut, die Menschen hin- und hergeschoben. Nur faire Lohnarbeit für alle gibt es nicht.

Die reiche Schweiz sollte weder Armut noch Ausgrenzung kennen. Die finanziellen Mittel wären vorhanden, allen Menschen eine gesicherte Existenz und ein Leben in Würde zu ermöglichen.

*Christoph Ditzler, Sven Röhler und Patrick Voegelin*

## Bässlergut: Haftbedingungen verbessert

Schon vor 5 Jahren hat Grossrätin Heidi Mück in einem parlamentarischen Vorstoss verlangt, dass die Haftbedingungen im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut zu verbessern seien. Sie stiess damals auf kein Gehör. Im Juni dieses Jahres nun hat die nationale Kommission zur Verhütung von Folter erneut auf gravierende Mängel bei den Haftbedingungen hingewiesen, was Heidi Mück zu einer weiteren Interpellation veranlasste – diesmal mit Erfolg. Wie der Antwort der Regierung zu entnehmen ist, wird bei den Administrativhäftlingen ab Oktober 2012 versuchsweise auf den Zelleneinschluss über Mittag verzichtet.



Von links nach rechts: Patrick Voegelin (IV-Gewerkschaft), Christoph Ditzler (Projektleitung Internetcafé Planet13) und Sven Röhler (Mitbegründer und ehrenamtlicher Mitarbeiter Planet13). Die drei Vertreter der Liste gegen Armut und Ausgrenzung kandidieren auf der Liste des Grünen Bündnisses im Wahlkreis Grossbasel West.



junges grünes bündnis  
nordwest

## Konsummonster-Kampagne

Das junge grüne bündnis nordwest hat im Frühling einen Gestaltungswettbewerb für seine Vorwahlkampagne lanciert und wollte damit auf düstere Zukunftsaussichten aufmerksam machen, um die junge Bevölkerung zum Mitbestimmen aufzufordern und an den bevorstehenden baselstädtischen Wahlherbst zu erinnern.

Aus den eingegangenen Projekten wurde die Plakatserie mit dem gefräßigen Konsummonster von Tanja Richli ausgewählt. Das Konsummonster, das für mehrere Wochen in der Innenstadt auf Plakatwänden zu sehen war, führt den Betrachtenden den steigenden Konsum(zwang) in der Gesellschaft vor Augen: Erdbeeren werden im Winter gegessen, der letzte Freiraum wird privatisiert, günstige WG-Zimmer verschwinden und teure Luxuswohnungen entstehen. Das jgb nordwest setzt diesem Trend nun wöchentliche regionale, ökologische und soziale Konsumtipps entgegen, die auf unserer Homepage publiziert werden.

### Grossratswahlkampf – Grenzen sprengen!

Mit der Hauptkampagne für die Grossratswahlen will das jgb nordwest Grenzen sprengen! Nicht nur die Kantonsgrenze

zwischen Stadt und Landschaft, sondern auch gedankliche Grenzen sollen überwunden werden. Nachhaltige und gerechte Lösungen können nur gefunden werden, wenn über Grenzen hinweggeschaut wird:

Einerseits macht das Leben vor politischen Grenzen keinen Halt, weshalb z.B. Verkehr, Bildung, Kultur und Migration grenzüberschreitende Lösungen erfordern.

Andererseits hat unsere Lebensweise hier direkte Auswirkungen an einem anderen Ort der Welt. Um grenzenlose Gerechtigkeit, sozialen Wohlstand und Frieden zu erreichen, müssen wir Grenzen überwinden und mit unserem täglichen Konsumverhalten auch Verantwortung übernehmen.

Das jgb nordwest freut sich auf einen Grenzen sprengenden Wahlkampf, in dem auch grenzenlose und unkonventionelle Ideen ihren Platz haben sollen.

*Michelle Lachenmeier für das jgb*

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.–

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31



LISTE  
8

Basel atomfrei, 100% erneuerbar  
und klimafreundlich

Freie Fahrt für Velo und Tram

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Mehr Stadtgärten, weniger Asphalt

Mehr Gerechtigkeit – keine Armut

Farbe  
bekennen  
GRÜNES BÜNDNIS



Impressum: Nr. 3/September 2012. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel. Tel. 061 / 691 16 31. E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch. PC 40-31244-5. Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel